Gerechtigkeit heilt

Eine Kampagne der
Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V

Gegen das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen – Für eine Beendigung der Straflosigkeit Die deutsche Regierung muss endlich die lang erkämpfte UN Konvention gegen Verschwindenlassen unterzeichnen

Stellen Sie sich vor, Sie befinden sich auf der Straße. Auf einmal halten neben Ihnen Autos, Personen steigen aus, packen Sie und zerren Sie in eines der Fahrzeuge. Sie werden verschleppt und Sie wissen weder warum, wohin noch wie lang. Staatliche Kräfte bringen Sie in ein Gefängnis, von dem niemand weiß, wo es sich befindet. Dort werden Sie verhört und gefoltert. Ihre Angehörigen ängstigen sich um Sie und wollen wissen, was Sie gerade durchleiden und wo sie festgehalten werden. Doch von Ihren Entführern erhalten sie keinerlei Auskunft.
Dieses Beispiel ist nicht frei erfunden. Heute suchen allein im Irak 375.000 Menschen ihre Familienangehörigen.

UN-Konvention gegen Verschwindenlassen

Erst seit Ende letzten Jahres existiert eine UN-Konvention gegen das gewaltsame Verschwindenlassen. Sie soll Menschen davor schützen, durch staatliche Akteure verschleppt zu werden, ohne dass ihr Verbleib bekannt ist und ohne dass sie vor ein ordentliches Gericht gestellt werden. Doch noch immer verschwinden Menschen in großem Umfang und die Behörden leugnen jede Verantwortung.
Die rechtlosen Opfer sind ihnen somit völlig ausgeliefert und werden vielfach als so genannte „Terroristen“ gefoltert und oftmals ermordet.
Die Bundesrepublik Deutschland hat die Konvention bisher nicht unterzeichnet.

Das Übereinkommen verbietet geheime Inhaftierungen und verpflichtet die Staaten, im Strafgesetz einen Straftatbestand für das Verbrechen des Verschwindenlassens zu schaffen. Außerdem sollen die Staaten offizielle Verzeichnisse über alle Häftlinge führen, diesen den Kontakt zu ihren Familien und Strafverteidigern gewähren und den zuständigen Behörden Zugang zu den Häftlingen gewähren.

Die Ursprünge des Verschwindenlassens

Das Verschwindenlassen ist eine deutsche Erfindung. Im Jahr 1942 gab der Chef des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht den so genannten *Nacht und Nebel Erlass* heraus, mit dem in großem Umfang AntifaschistInnen, vor allem aus Frankreich, nach Deutschland entführt wurden. *„Die abschreckende Wirkung dieser Maßnahme“,* hieß es damals im Keitel-Erlass*, „liegt a) in dem spurlosen Verschwindenlassen der Beschuldigten, b) darin, dass über ihren Verbleib und ihr Schicksal keiner Auskunft gegeben werden darf*“.

Hunderttausende verschwanden in Lateinamerika

30 Jahre später erlebte das Verschwindenlassen seine Wiedergeburt in den Militärdiktaturen Chiles, Argentiniens, Paraguays, Uruguays und Boliviens, die länderübergreifend Oppositionelle verhaften, foltern und verschwinden ließen. Allein in Argentinien wurden 30.000 Menschen verschleppt, in Guatemala später sogar 500.000.

Von Lateinamerika aus verbreitete sich dieses Verbrechen gegen die Menschheit weltweit. In Bosnien Herzegowina, Sri Lanka, der Türkei, Indonesien, Ägypten, Nepal und zahlreichen anderen Ländern verschwanden seitdem gleichfalls Hunderttausende in geheimen Folterlagern.

Verschwindenlassen im sog. Krieg gegen den Terror

Nach dem 11. September 2001 eskalierte das gewaltsame Verschwindenlassen von

., Engelsburger Straße 168, 44793 Bochum, Tel: 0234-9041380
http://www.gerechtigkeit-heilt.de, info@gerechtigkeit-heilt.de
ViSdP: Bianca Schmolze

Menschen erneut. Nicht nur in den Kriegsgebieten selbst, sondern auch hier in Europa werden Menschen entführt und mit Geheimflügen in ebenso geheime Folterzentren verschleppt. Hier bekannt wurden die Namen Murat Kurnaz und Khaled El Masri. Sie sind jedoch nicht die einzigen, die innerhalb Europas in den Kerkern befreundeter Folterregime oder direkt in Guantanamo illegal gefangen gehalten und misshandelt werden.
Derzeit versucht ein Untersuchungsausschuss zu klären, ob auch deutsche Soldaten in Afghanistan an Misshandlungen beteiligt waren.

Im Sinne der Antifolterkonvention bezeichnet der Ausdruck «Folter» jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, […] wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden. […] Jeder Vertragsstaat trägt dafür Sorge, dass nach seinem Strafrecht alle Folterhandlungen als Straftaten gelten. Das gleiche gilt für versuchte Folterung und für von irgendeiner Person begangene Handlungen, die eine Mittäterschaft oder Teilnahme an einer Folterung darstellen.

Von Murat Kurnaz wissen wir heute, dass er unschuldig war und dennoch mit Billigung der ehemaligen Bundesregierung weiter in Guantanamo gefoltert wurde. Doch Schuld oder Unschuld spielen im Falle der Folter keine Rolle. Folter darf niemals gegen Gefangene eingesetzt werden, Folter ist keine Verhörmethode, sondern ein Verbrechen und Folterer gehören vor Gericht.

Doch weltweit wehren sich Folterer bislang mit viel zu viel Erfolg gegen die Strafverfolgung, die ihnen nach internationalem Recht zuteil werden müsste.

Fast genau vor einem Jahr verschwand in Argentinien der ehemalige politische Gefangene Jorge Julio Lopez, Hauptzeuge im Verfahren gegen seinen Folterer. Ein weiterer verschwundener Zeuge konnte schwer gefoltert wieder aufgefunden werden. Julio Lopez jedoch wird noch immer vermisst. Weltweit kämpfen Menschenrechtsorganisationen für seine unversehrte Rückkehr.

Auch die Kampagne „Gerechtigkeit heilt“ kämpft dafür, Folterer, die Täter anderer schwerer Menschenrechtsverletzungen sowie die politisch Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Wir fordern

- **die Aufklärung der Beteiligung der Bundesregierung an den Verbrechen gegen El Masri und Kurnaz**
- **die Offenlegung der Verwicklung bundesdeutscher Stellen in die geheimen Folterflüge**
- **den sofortigen Stopp jeglicher Unterstützung des sog. Kriegs gegen Terror**
- **die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Verschwindenlassen, damit dieses Verbrechen auch in seinem Ursprungsland endlich als solches anerkannt und strafrechtlich verfolgt wird.**

., Engelsburger Straße 168, 44793 Bochum, Tel: 0234-9041380
http://www.gerechtigkeit-heilt.de, info@gerechtigkeit-heilt.de
ViSdP: Bianca Schmolze